

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verleger: Carl Neuberger.  
Redaktion: Neuberger-Verlag.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

Schreibweise und Anzeigen-Preise  
Märzstraße 38/40.  
Telefon: 1068 Dresden.

Druck nur mit druckbarer Schrift (Dresdner Schrift) zulässig. — Unvollständige Adressen werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungsgastelle von Wertpapieren zwecks  
Einföhrung von Zins- und Gewinnanteils-  
scheinen.  
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Scheckverkehr.  
Einzahlung und Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.  
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren  
Stahlfächern unter Verschluss des Mieters  
und Mitverschluss der Bank.

## Der Reichstag gegen die Erdroffnung der Presse.

### Endlich Taten der Regierung?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)  
Berlin, 7. April. Im Verlauf der heutigen Reichstags-  
sitzung, über deren Beginn wir weiter unten berichten,  
handelt es sich um die Tagesordnung der von Vertretern  
aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeich-  
nete Antrag Vorbe, die Reichsregierung zu ersuchen, mit  
möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vor-  
zulegen, durch den

#### Der Fall der Zeitungen

auf wirtschaftlichen Weisem wirksam gehandelt wird. Der  
Reichstag erwartet diesen Gesetzentwurf so rechtzeitig, daß  
eine Beratung durch den Reichstag unmittelbar nach seinem  
Wiederzusammentritt beantragen werden kann. — Präsident  
Vorbe (Soz.) begründet den Antrag: Wenn auch unter  
Wirtschaftsleuten auf einer ungeschulten Grundlage immer-  
hin noch Fortschrittler, Mäxer, Köhler usw. sind,  
in den letzten drei Monaten 170 deutsche Zeitungen  
beruht eingeschlagen.

Wer ist es, der diesen Todesstreich führt? Zunächst die  
Kleinere und kleinere Presse, die in der letzten Zeit, so-  
wohl in den letzten Monaten, die zum Teil auf eine lange  
Vergangenheit zurückzuführen ist, das Bild einer in der  
letzten Zeit der Zeitungen des Reichslandes zeigt. In der  
letzten Zeit sind die Zeitungen weniger und dürftiger  
erschienen, die ihren Inhalt und angebotenen Reichhaltig-  
keiten sie ein Bild des gesunkenen und politischen Lebens  
ihrer Zeitgenossen. (Sehr richtig!) Die Zeitungen sind zum  
Teil gesunken, während der Papierpreis von 20 Mk. im  
Juni auf 30 Mk. im März d. J. gestiegen ist. Im  
März liegt aber der Papierpreis weit unter 12 Mk. (Sehr  
richtig!) Die Zeitungen werden erschlagen, wenn wir nicht ein-  
greifen, wenn es kein Mittel dagegen gibt. Ein großer Teil  
des Volkes verliert durch einen Zusammenhang mit dem  
Wirtschaftlichen, bedroht sein Interesse am öffentlichen Leben,  
verliert in eine gewisse politische Apathie. Überhaupt geht  
der Reichstag, den die Behörden und die Regierung  
für ihre Maßnahmen, das Parlament für seine Arbeiten  
haben müssen, verloren. (Sehr richtig!)

Aber nicht nur die kleine Presse, auch die größere  
kommt an die Reihe.

Die Vertreter der Zentralorgane großer Parteien haben  
uns mit trübenden Zahlen das Schicksal bezeugt, das die  
Zeitungen erleiden. Wenn werden sie nicht alle einziehen,  
aber die einen werden ihren Charakter ändern und die  
anderen werden vernichten. Die großen deutschen Zeitun-  
gen schrumpfen zusammen, müssen ihren politischen, literari-  
schen und literarischen Teil einschränken. Sie müssen  
den Feiern des Vertriebes entsagen, aber die anderen und  
das ist das Schlimmere, werden an Nebenbetrieben fremder  
Gewerbe, aufgezogen von industriellen Konzerne. (Sehr  
wahr!) Die Zeitungen, deren politische Selbständigkeit,  
deren Eigenart unter dem Namen in Deutschland gewahrt ist,  
werden nicht mehr repräsentieren selbständiger politischer  
Gruppen sein, sondern als Anhängel von Interessengruppen  
auftreten, und so Gleichheit und Behauptung her-  
gestellt werden und Gewinne erzielt werden, da wird das  
Zeitungsgebet nebenbei betrieben. Aber noch mehr, im  
Zeitungsgebet bringt bereits mächtig

#### fremdes ausländisches Kapital

ein. Es droht die Gefahr, daß Zeitungen, die in deutscher  
Sprache in deutschen Ländern erscheinen, zum Dienst fremder  
ausländischer Interessen werden. Diese Entwicklung  
scheint mir so schwere soziale, kulturelle und nationale Ge-  
fahren in sich zu bergen, daß gerade wir im Deutschen  
Reichstag die Augen davor nicht verschließen dürfen. (Sehr  
wahr!) Es muß sich ein Parlament und eine Regierung  
finden, die die ganze Tragweite dieser Entwicklung über-  
sicht und die hindernd eingreift. Wir geben in unserer Ent-  
schiedenheit keinen einzelnen Vorschlag, obgleich solche in  
engerem Rahmen auch bereits erörtert sind. Wir dehnen  
unsere Entscheidung aus auf Zeitungen und wollen die  
Regierung ersuchen, bis zum Wiederzusammentritt des  
Reichstages die bisher beratenen Abhilfsmittel in die Form  
gesetzgeberischer Vorschläge zu fassen. Die Frage einer Aus-  
landszölle für Zeitungspapier ist nicht einfach zu beant-  
worten. Die Papierfabriken behaupten, der Anteil der  
Ausfuhr sei gering, und die Industrie sei dauernd auf die  
Ausfuhr angewiesen. Es ist davon gesprochen worden, die  
hohen Auslandszölle der Zellstoff- und Papierindustrie  
zur Verbilligung des deutschen Zeitungspapiers zu benutzen.  
Die Fabrikanten halten dem gegenüber, daß nur beim  
letzigen Stande des Dollars Gewinne vorhanden seien.  
Sobald der Dollar fällt, würden keine Gewinne mehr erzielt.

Diese fast unangenehme Behauptung muß untersucht  
werden. Es muß versucht werden, durch öffentliche Bewirt-  
schaftung der Papierfabrikation Besserung zu erzielen. An  
der Verlegung des Druckpapiers in eine andere Tarif-  
klasse der Eisenbahn können wir nicht vorbeigehen.  
Solange uns die großen Wabungen des Ostens in Polen  
und Rußland nicht erschlossen sind, muß Vorsehung getroffen  
werden, daß das wichtigste Rohprodukt des Papiers, das  
Holz, zu erträglichen Preisen der Fabrikation zugeführt  
wird. (Sehr richtig!) Wir können begreifen, daß die Finanz-  
minister und Rabinette der einzelnen Staaten sehr zaghaft  
daran gehen, diese wichtige Einnahmequelle auch nur etwas

zu beschränken. Aber bei den exorbitant gestiegenen Holz-  
preisen müssen auch die einzelnen Länder es sich überlegen,  
ob sie nicht mit ihrer Politik Hand in Hand treiben an  
den deutschen Holzmarkt (Sehr wahr!), das vielleicht un-  
widerbringlich verloren geht, wenn die Zölle ein-  
gegangen sind. Das Parlament soll die Länder, den Reichs-  
tag, zu energischen Schritten veranlassen. Man kann die  
Zeitungen überhaupt nicht nur als wirtschaftliche Betriebe  
ansprechen, sondern in gewissem Maße haben sie ein öffentliches  
Amt. (Sehr wahr!) Ich bitte, daß man von allgemeiner  
Teilnahme und Sympathie-Erklärungen zu Handlungen  
übergeht, um dieses wichtige Gut über eine schwere Zeit  
hinüberzubringen. (Vehementer Beifall.)

### Staatssekretär des Reichswirtschafts- Ministeriums Sirch:

Die Reichsregierung ist sich der schweren Gefahr sehr wohl  
bewußt, die die neuesten Preissteigerungen auf dem Ge-  
biet der Zeitungswirtschaft für die ganze politische und  
kulturelle Entwicklung des deutschen Volks bedeutet. Noch  
ehe die letzte Preissteigerung eingetreten war, sind allein im  
ersten Vierteljahr des Jahres 1922 nach den vorläufigen  
Mitteilungen, die allerdings teilweise auf Schätzungen be-  
ruhen, etwa 150 deutsche Zeitungen eingeschlagen. Das ist in  
dieser kurzen Zeit von drei Monaten ein Rückgang, wovon  
die deutsche Tageszeitungen überwiegen. Die Beschrän-  
kung ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei andauernden  
steigenden Preissteigerungen die Zusammenbruch in ver-  
schärft und beschleunigtem Maße vor sich gehen wird. Wenn  
es die letzte Preissteigerung im letzten Vierteljahr durch die  
allgemeine Preissteigerung bedingt und gewirkt werden sowohl  
Berliner wie Zeitungswirtschaftler sich an eine der allgemeinen  
Wirtschaftsentwicklung näher kommende Ver-  
einbarung und des Verkaufspreises für Zeitun-  
gen gewöhnen müssen. Aber dieser Heberaus in für  
die deutsche Presse besonders schmerzhaft und die Reichsregie-  
rung wird deshalb alles, was anlässlich der Wirtschaftsaussch-  
uss und zumal der Finanzkommissionen vorliegt, tun, um  
diesem Heberaus zu erleichtern. Sie ist der Meinung, daß  
eine wirtschaftliche, überall weitverbreitete Lage Presse  
eine kulturelle Notwendigkeit für die deutsche Entwicklung  
ist. Die letzte Preissteigerung ist die Gefahr, daß ähnlich,  
wie es in den anderen Staaten bereits geschah, eine  
Inflationierung der öffentlichen Meinung durch weniger  
große Unternehmungen

zutreten könnte, daß damit die Presse einseitigen Inter-  
essen dieser jeweiligen herrschenden Unternehmungen dienst-  
bar gemacht zu werden, und sie hätte es für dringend not-  
wendig, diesem Trend entgegenzuwirken. Besonders im de-  
utschen Gebiet hat die Presse große nationale Interessen  
zu wahren, die bisher, wie hier einmal ausdrücklich  
angeführt werden soll, von der ganz überwältigenden Medi-  
enmacht der Presse in den letzten Jahren, nicht immer ohne  
Widerstand, in wirksamer, in verständlicher Weise vertreten wor-  
den sind. Die kommenden Sommermonate sind, nach  
allen Erfahrungen im Zeitungswesen, die für die Zeitungen  
ohne nennenswerten Schaden die schwersten werden.

Die Reichsregierung ist deshalb bereit, auf dem Boden  
des heute vorgelegten Antrages der Parteien zu treten und  
die Möglichkeit und Wirksamkeit der verlangten wirtschaftlichen  
Maßnahmen in engerer Verbindung mit den verfassungsmäßig  
berechtigten gesetzgebenden Körperschaften zu prüfen und  
schnellstens zu fördern. Sie ist aber darüber hinaus bereit,  
die verwaltungsmäßig möglichen Maßnahmen, über die in  
den Ausschüssen bereits eine gewisse Einigkeit erzielt  
worden ist, insbesondere auf dem Gebiet der Tarife  
politisch und hinsichtlich der Heranziehung von  
Ausfuhrerträgen zur Verbilligung im In-  
land schon vor Einbringung der in dem Antrag ge-  
forderten Vorlage vorzunehmen.

Durch einen Änderungsantrag wird die Forderung  
des Antrages auch auf Zeitungen ausgedehnt. In dieser  
Form wird der Antrag einstimmig angenommen.  
(Bei Schluß der Debatte dauerte die Verhandlungen noch an.)

### Der Auswärtige Ausschuss und die Reparationsantwort.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)  
Berlin, 6. April. Der Auswärtige Ausschuss des Reichs-  
tages trat heute zusammen, um die Richtlinien der Antwort  
auf die Reparationsnote zu erörtern. Reichsminister  
Dr. Sirch, der Außenminister Dr. Rathenau und  
Staatssekretär v. Simson haben Erklärungen ab. Von der  
Regierung waren außerdem noch anwesend: Staatssekretär  
Gammer, Staatssekretär Danneberg und v. Mutius.  
An der Besprechung teilnahmen ferner die Abgeordneten Dr.  
Hülferich (D.M.), Dr. Streicmann (D.Vp.), Dernburg und  
Wolff (D.M.). Dauch und Einnes (D.Vp.) Die Ver-  
handlungen waren Arena vertraulich.

Berlin, 7. April. Reichsminister Dr. Sirch, der gestern  
abend 10 Uhr die Fahrt nach Genua antreten wollte, hat  
die Abreise in letzter Stunde verzögern müssen. Wie bei  
„Kaiser-Ank.“ hörte er bereits seine Vorbereitungen  
getroffen, als im letzten Augenblicke ein Telegramm des aus-  
wärtigen Reichsminister Sirch eintraf, in dem dieser den Kaiser bat, den Auswärtigen Aus-  
schuss einzuberufen und ihm die Antwort auf die Repara-  
tionsnote zur Kenntnis zu bringen.

### Die Ankunft der Delegationen in Genua.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten)  
Genua, 7. April. Die deutsche Abordnung  
wird am Sonntag in Genua erwartet. Lord George Curzon  
die Hauptteilnehmer der englischen Abordnung werden am  
Sonntag in Genua einreisen. Lord Curzon ist erkrankt  
und kann erst am Montag nachkommen. Die Delegationen  
der verschiedenen Länder werden von Regierungsausschüssen  
begleitet und dem bevollmächtigten britischen Delegierten  
empfangen. Im Laufe der Konferenz sind zahlreiche Vorschläge  
gestellt worden. Genua sind die belagerte und die finanzielle  
Abordnung in Genua eingetroffen, ebenso die russische Dele-  
gation. Die „Corriere della Sera“ erzählt, sind die deut-  
schen Delegationen Genua der italienischen Regierung. Den übrigen  
und der Presse sind für ihre Unterkunft und ihren Lebens-  
haltung angemessene Freize zugesichert worden. Unter Leitung des  
Barons Azevans sind auch die letzten vorbereitenden Ar-  
beiten für das Programm der Konferenz beendet worden.  
Für den Besuch der russischen Delegation sind die unfaßlichen  
Rahmnahmen getroffen. Die Delegation wird in einer  
von hohen Mauern umgebenen Villa wohnen und auch  
Genua und zurück von 100 Detachments bewacht werden.

#### Was Genua kostet.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten)  
Paris, 7. April. Der Minister des Innern bean-  
tragt die sofortige Bewilligung eines besonderen Kredites  
von 500 Millionen Franken für die Kosten der Konferenz  
von Genua.

### Die Haltung Italiens.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten)  
Rom, 7. April. Die führenden römischen Blätter  
erörtern die Forderung, daß die Konferenz in Genua die  
Reparationsfrage nicht berühren dürfe. Die offizielle  
„Tribuna“ bemerkt, daß Italien dieses Programm  
nicht annehmen und zugleich doch eine möglichst wirk-  
samer Beteiligung jeder Delegation zu ermöglichen würde.  
Denn auch in Genua von seiner Überzeugung der Verträge  
die Rede sein könne, so würde die Konferenz, doch deren Aus-  
scheidung moderner und zeitgemäßer gehalten werden. Das  
„Giornale d'Italia“ benutzt die Gelegenheit, um vor  
einigen Redaktionen der Deutschen (1) und der  
Russen zu warnen, gegen die die Entente bereits eine Ein-  
heitsfront gebildet habe. Eben, um gefährliche ruffische  
deutsche Handwerker zu vermeiden, habe Schänker die Engländer  
und Franzosen bestimmt, einen Tag vor dem Konferenz-  
beginn in Genua anzukommen, um die notwendigen Ver-  
einbarungen zu treffen. Bisher keine zwischen Deutschen  
und Russen ein gemeinsamer Aktionsplan festgelegt; aber  
die Engländer würden nicht dulden, daß die Deutschen  
die Ruhe der Konferenz stören und mit Hilfe der Russen,  
die bei der Ordnung der Dinge überhaupt nicht mitzu-  
sprechen hätten, unannehmbare Forderungen stellen.  
Die tendenziösen Äußerungen des „Giornale d'Italia“  
sagen von dem Einfluß, den Frankreich in der italienischen  
Presse ausübt.

#### Poincarés Absichten in Genua.

Brüssel, 7. April. „Standard“ glaubt nicht an haben,  
daß Poincaré doch noch nach Genua gehen werde, wenn  
die Konferenz ihren normalen Verlauf nehme. Nach der  
Mittwoch-Mitteilung aus Paris wird Poincaré in Mar-  
seille die Kolonialausstellung eröffnen. Bis dahin dürften  
in Genua alle Programmpunkte so weit erledigt sein, daß  
Lord George seine Ansichten über die Konferenzverhand-  
lungen ansprechen haben wird. Diesen Moment soll  
Poincaré dann für geeignet, um in die Arbeiten der Kon-  
ferenz einzutreten, nach ehe die technischen Kommissionen  
die einzelnen Resultate verarbeitet haben. Poincaré  
handelt dabei entgegennehmend mit Irland in Verbindung,  
der die Konferenz verliert, als die wichtigsten Vorarbeiten er-  
begonnen. Poincaré will das Ende der Kon-  
ferenz beeinflussen.

### Die Neutralen und der Reparationsunfall.

Keinen Centime für eine Anleihe.  
Paris, 7. April. Ein Mitarbeiter der „Information“  
in Bern hat einige Sachverständige der neutralen Staaten  
gesprochen, die auf Einladung der Schweiz in Bern über  
die Vorbereitung für Genua beraten. Alle sind der Über-  
zeugung, daß Europa einer schweren Katastrophe  
nicht entgehen könne, wenn der letzte Zustand noch ein  
Jahr fortdauere. Alle denken viel mehr daran,  
Deutschland wieder auf die Höhe zu bringen, als die Forde-  
rungen Frankreichs zu billigen. Der Berichterstatter hat  
einen Herrn gefragt, was er antworten würde, wenn man  
in Genua die Teilnahme seines Landes an einer interna-  
tionalen Anleihe zugunsten Deutschlands verlangte. Die An-  
wort war: Wir würden dem gegenwärtigen Deutschland  
keinen Centime leihen. Man könne einem Lande nicht Geld  
verleihen, das fortwährend zur Ausgabe von Papiergeld  
genötigt und durch seinen Nachbarn ständig bedroht ist,  
der dem Schuldner den Hals umdrehen will. Auf die Be-  
merkung, diese Auffassung rühre an das Reparations-  
problem, das in Genua nicht berührt werden solle, erfolgte  
die Neuerung, daß alle wirtschaftlichen Sachverständigen  
immer wieder bei politischen Fragen auf das Reparations-  
problem zurückkommen müssen, wenn sie ernsthaft einen  
Aufbau Europas erwägen.

Paris, 7. April. Die Konferenz der neutralen  
Sachverständigen in Bern befand sich gestern in